

Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlaq. Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 123

Sonnabend, den 29. Mai 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Ministerialdirektor Dr. Werner hat die Zustimmung des Reichskabinetts zu seiner Ernennung zum Oberreichsanwalt erhalten.

— In Köln tagt der Bund Deutscher Mietervereine, in Barmen der Reichskolonialtag und in Hamburg der 20. Deutsche Luftfahrttag.

— Die Ereignisse in Polen drängen auf eine Teilung des Landes. Korfanth soll wegen Unterschlagung staatlicher Gelder von seinem Posten entbunden werden.

— Der französische Ministerpräsident Briand hat in der Kammer einen Abstimmungsbescheid gehabt. In Marokko soll der Feldzug weiter gehen.

Münchens Trauertag.

Massenteilnahme an den Trauerfeierlichkeiten.

Die bayerische Hauptstadt stand am gestrigen Freitag, da die Beisetzung der zahlreichen Opfer der schweren Eisenbahnkatastrophe erfolgte, im Zeichen einer tiefen, allgemeinen Trauer. Die staatlichen, städtischen und zahlreiche Privatgebäude hatten Trauerbekleidung angelegt. Auch auf den fremden Konsulatsgebäuden standen die Flaggen auf Halbmast.

In sämtlichen Kirchen fanden bei einem Massenbesuch um 9 Uhr vormittags Trauergottesdienste statt. Den Trauerfeiern in der katholischen Frauenkirche und in der evangelischen Matthäuskirche wohnten u. a. Ministerpräsident Heß und der Landtagspräsident Königsbauer, die Vertreter der Staatsregierung, des Landtages, des Stadtrates, der Reichspost und Reichsbahn, der Reichswehr und Landespolizei und des Lehrkörpers usw. bei. In der Frauenkirche hatten unter einem mächtigen Katastrophengebäude die nächsten Angehörigen der Verunglückten Platz genommen. Hier ging die gottesdienstliche Handlung unter der Ägide des Kardinals Dr. von Faulhaber vor sich.

Am Nachmittag fand die Beisetzung der Opfer auf vier verschiedenen Friedhöfen statt. Sämtliche Särge waren mit Vorbeerkränzen der Stadt und mit Schleifen in den Stadtfarben schmückt.

Die Aufklärung der Schuldfrage ist über ihren jetzigen Stand noch nicht hinausgekommen. Der Lokomotivführer des Salzburger Zuges, Lubels, hält entschieden an seinen alten Aussagen fest und bestreitet jede Fahrlässigkeit. Lubels' Aussagen werden auch von dem Reserve Lokomotivführer bestätigt.

Neue Teilung Polens?

Die polnischen Westprovinzen verlangen Selbstregierung.

In der Gegend von Posen und Pommerellen sammelt man Unterschriften zur Autonomieerklärung. Das autonome Gebiet verlangt einen besonderen Sejm und ein besonderes Ministerium mit Posen als Sitz. Die Rechtsparteien wollen General Haller als Kandidaten für den Staatspräsidentenposten aufstellen.

Daß solche Nachrichten bei den Pilsudski-Anhängern wie ein Blitz einschlagen müssen, läßt sich denken. In der Tat scheint die Bewegung Posen gegen Warschau immer weitere Kreise zu ziehen. Man hat sich förmlich in den Gedanken einer neuen Teilung Polens hineingeböhrt und dabei schon eingehende Bestimmungen ausgearbeitet. Von maßgebenden Persönlichkeiten wird die Teilung als eine dringende Notwendigkeit hingestellt. Dabei wird ein Argument ins Treffen geführt, das uns Deutsche besonders interessieren muß: Deutschland könne jederzeit eine Revision im Westen verlangen und zwar auf Grund des im Versailler Vertrag zugesicherten Schutzes der Minderheiten. Es sei also an der Zeit, solchen Dingen zu vorzuziehen.

Rußland nützt die Zeit.

Die Sowjetpresse beschäftigt sich in der letzten Zeit stark mit der Frage der Neutralitätsverträge. Dies erweckt den offensichtlichen Eindruck, als ob Moskau die gegenwärtigen Wirren in Polen zum Anlaß nehmen wollte, eine Klärung des Verhältnisses mit den Nachbarstaaten herbeizuführen. Neuerdings verlautet, die Sowjetregierung habe von Finnland, Estland und Lettland ein Memorandum erhalten, nach dem die baltischen Länder bereit sind, die Unterhandlungen mit Rußland weiterzuführen. In dem finnischen Memorandum wird betont, daß die baltischen Länder sich vorbehalten, durch den Abschluß eines

Vertrages in keiner Weise in ihren Verpflichtungen dem Völkerbund gegenüber beeinflusst zu werden.

In politischen Kreisen Moskaus ist man über die Bereiterklärung der baltischen Staaten, dem Vorschlage Rußlands, mit jedem der Länder besonders zu verhandeln, nachzukommen, sehr befriedigt.

Die Geprellten.

Eine neue Algeiras-Konferenz. — Englisches-italienische Marokkoansprüche.

Der französisch-spanische Siegestaumel wegen Abd el Krim verfliegt sich zu weitgehenden Plänen. Die gemeinsamen militärischen Erfolge sollen auf einer spanisch-französischen Konferenz gebührend verteilt werden. Man befürchtet jedoch, daß England und Italien auf Teilnahme an der Konferenz dringen werden.

Zu diesen weittragenden Plänen gehört das Projekt der Spanier, in Ajdir, Alhucemas und Melilla große, moderne Städte zu errichten, ferner die französischen Zukunftsansätze, einen Gürtel von modernen Befestigungsanlagen zu schaffen, neue Eisenbahnlinien zu legen und die Erzlager im Rifgebiet auszubauen. Amerikaner sollen das Kapital dazu bereitstellen. Vorläufig aber muß festgestellt werden, daß mit der Festnahme Abd el Krims der Krieg noch gar nicht zu Ende ist. Die Stämme haben ihre Selbstständigkeit zurückgewonnen und können nun, wenn sie wollen, auf eigene Faust einen Guerillakrieg gegen die vereinigten Truppen führen. Daß man dies in Paris weiß, geht daraus hervor, daß zwischen Frankreich und Spanien Verhandlungen begonnen haben über die Fortführung der gemeinsamen Aktion. In den eroberten Distrikten sollen Maßnahmen zur Verhütung eines neuen Aufstandes ergriffen werden durch Schaffung einer Polizeiorganisation.

Abd el Krim bei den Feinden.

Ueber die Gründe, die Abd el Krim veranlaßt haben, sich den Franzosen zu stellen, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Abd el Krim war am 23. Mai zu den Beni-Harous geflüchtet, von wo er mit seinen Frauen weiter zu entkommen hoffte. Zur Abfassung seines Kapitulationsbriefes entschloß er sich, als er erfahren hatte, daß sein Aufenthaltsort entdeckt war und seine Zufluchtsstätte von französischen Flugzeugen unter Feuer genommen würde. Außerdem fürchtete er seine eigenen Anhänger, die ihm die Schuld an der letzten Niederlage beimaßen. Am 25. Mai ließ Abd el Krim dem Generalresidenten einen Brief überbringen, in dem er für sich und seine Familie den Schutz der französischen Regierung erbat.



Abd el Krim.

Ueber den künftigen Aufenthaltsort Abd el Krims werden noch Verhandlungen zwischen Paris und Madrid gepflogen. Die französischen Flugzeuggeschwader haben über die Gebiete der noch nicht unterworfenen Stämme Proklamationen abgeworfen, in denen die Waffenstreckung Abd el Krims mitgeteilt wird.

Ein Teil der Pariser Presse berichtete, daß Beauftragte des Ministeriums des Auswärtigen nach Marokko aufbrechen, um an Hand der von Abd el Krim ausgelieferten Dokumente die ausländischen Persönlichkeiten ausfindig zu machen, die den Widerstand Abd el Krims in militärischer und politischer Hinsicht gegen Frankreich und Spanien organisiert haben.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. Mai 1926.

— Geheimrat Dr. Eugen Berg sprach in Bielefeld über die Butschkerläufe.

— Wie aus Dortmund verlautet, sollen zwei Werte auf dem Hörder Hönig zum 1. Juni stillgelegt werden. Zur Entlassung kommen 850 Arbeiter, die jedoch bis zum Ablauf der Sperrfrist, d. h. bis zum 15. Juni, beschäftigt werden.

Vorschläge für die Einheitsflagge.

— Berlin, 29. Mai. Dem Reichsministerium des Innern gehen jetzt fortwährend Entwürfe für eine Einheitsflagge zu. Der Reichskunstwart Dr. Redtsch stellt das Eisener Kreuz in die Mitte. Die freibleibenden vier Felder sind oben links und unten rechts orange und entsprechend rot ausgeführt.

— Milderung der Personalkontrolle im besetzten Gebiet. Wie aus Koblenz gemeldet wird, hat das Oberkommando der französischen Rheinarmee hinsichtlich der Personalausweise eine Milderung dahingehend eintreten lassen, daß in Zukunft bei Einwohnern des besetzten Gebietes, die ohne Personalausweis angetroffen werden, von einer Sicherheitsleistung zur Abwendung der Verhaftung abgesehen werden soll, wenn diese Person durch Vorzeigen von Schriftstücken oder durch eine ordnungsgemäß ausgewiesene Person gegenüber den alliierten Polizeibeamten sich über ihre Persönlichkeit ausweisen kann. Die mit den Befehlshabern geführten Verhandlungen über die Amnestiefrage haben vor kurzem eine Unterbrechung erfahren. Jetzt ist vereinbart worden, daß die Verhandlungen in der ersten Juniwoche wieder aufgenommen werden sollen.

— Auf der Bundestagung des Deutschen Ostbundes in Königsberg hielt der ostpreussische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Hr. v. Gahl, einen Vortrag über die vaterländische Bedeutung des Siedlungswezens. U. a. betonte er: „Der deutsche Osten bietet hinreichend Raum für Groß- und Kleinbetriebe nebeneinander und unsere Zukunft liegt in einer gesunden Mischung aller landwirtschaftlichen Betriebsgrößen. Die Wiederaufnahme und Ausdehnung der Siedlungstätigkeit, namentlich im deutschen Osten, ist aber eine so dringende staats- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit, daß Reich und Staat unter Zurückstellung anderer Aufgaben Geld für die ländlichen Siedlungen schaffen müssen.“

— Die Staaten im Völkerrecht. In Wiesbaden tagt zur Zeit die 7. Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht. Fast alle deutschen Universitäten, die Justizminister des Reiches und der Länder, sowie zahlreiche Behörden haben Vertreter entsandt. Ferner sind u. a. anwesend Reichsgerichtspräsident Dr. Simons und der frühere Reichsjustizminister Dr. Schiffer. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Behandlung der Frage: „Sind die Staaten allein im Völkerrecht parteifähig?“ durch den Kölner Universitätsprofessor Dr. Ebers, der betonte, daß die bislang herrschende Lehre nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Es wurde ein Antrag angenommen, auf die Tagesordnung das Problem der nationalen Minderheiten zu setzen. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß aller Voraussicht nach die nationalen Minderheiten in absehbarer Zeit völkerrechtlich parteifähig würden.

Rundschau im Auslande.

— Die Brüsseler Kammer hat der neuen Regierung Gaspar ihr Vertrauen ausgesprochen.

— Der französische Oberkommissar in Syrien, de Fouvenel, hat die Rückreise nach Paris angetreten.

— England erklärt, Dr. Schachts Reise nach London hätte nichts zu tun mit einer Aenderung des Dawesplanes, es würden nur internationale Bankfragen beraten.

— Die türkische Nationalversammlung hat die Einführung des christlichen Kalenders beschlossen.

Kein Streik der österreichischen Beamten.

— Der Ausschuss der österreichischen Bundesbeamten hat beschlossen, die Forderungen schriftlich einzureichen, jedoch kein Ultimatum zu stellen.

Briands vorläufiger Kammerbesuch.

— Die Abstimmung in der ersten Kammer Sitzung in Paris brachte eine ziemlich Verschiebung der bisherigen Regierungsbasis. Briand schlug vor, die Interpellationen vorläufig von der Tagesordnung abzusehen, wobei er die Vertrauensfrage stellte. Es zeigte sich bei der Abstimmung, daß Briand des Vertrauens würdig wurde. Nicht günstig verlief die Sache für den Innenminister. Trotz stürmischer Bewegung wies Briand jede Diskussion über Finanzfragen zurück. Die Linksabgeordneten verlangten darauf, daß in diesem Falle auch die Wahlreform noch nicht zur Beratung kommen soll, worauf neue Erregung entstand. Jedenfalls steht das Kabinett auf sehr schwachen Füßen.

Englische Kohlenrationierung?

— Bekanntlich streiten die englischen Bergarbeiter noch unentwetzt weiter und es ist kaum anzunehmen, daß in